

Delegiertenversammlung der Grünen Partei Schweiz

Entwicklungsland Schweiz

Zur Überwindung des Tiefsteuergebietes und für eine gerechte weltweite Steuerpolitik.

Dominik Gross, Verantwortlicher für Internationale Finanz- und Steuerpolitik bei Alliance Sud, Bern.

dominik.gross@alliancesud.ch

Winterthur, 13. Januar 2018.

Überblick

1. Weshalb der Steuerwettbewerb einer sozialen, ökologischen und demokratischen Entwicklung der Welt schadet
2. Die Steuervorlage 17 aus entwicklungspolitischer Sicht
3. Konkrete politische Schritte für mehr Steuergerechtigkeit in der Schweiz und weltweit

Demokratie und soziale Gerechtigkeit vs. Standort- und Steuerwettbewerb

- Der **Steuerwettbewerb vertieft die soziale, politische und wirtschaftliche Ungleichheit** zwischen den Weltregionen und innerhalb nationalstaatlicher Gesellschaften.
- **Oligarchie statt Demokratie in der Offshorwelt:** Wo immer weniger privates Geld über Steuern der gemeinsamen Entscheidungsfindung der Bürgerinnen und Bürgern übergeben wird, herrschen die wenigen Reichen anstelle der Vielen.
- **Steuerliche Umverteilung heisst immer auch Demokratisierung von Kapital.**

Voraussetzung für eine faire globale Steuerpolitik im Zeitalter der Digitalisierung: Weltinnenpolitik

- **Kapital und Daten kennen keine Landesgrenzen:** Deshalb müssen auch die Regeln zu ihrer Besteuerung weltweit gelten.
- Wir müssen aufhören, die **negativen Folgen unserer ressourcenvernichtenden Lebensweise**, die immer noch auf der Ausbeutung der armen Regionen der Welt durch die reichen basiert nach Afrika, Asien oder Lateinamerika zu exportieren.
- **Ein verdreckter Fluss ist ein dreckiger Fluss**, eine leidende Arbeiterin eine leidende Arbeiterin, egal ob der Fluss in der Schweiz ist oder in Brasilien, egal, ob die Arbeiterin in Bangladesh lebt oder in der Schweiz (Vorbild: Konzernverantwortungsinitiative).
- **Demokratisierung der internationalen Politik:** Nicht mehr Nationen sollen auf der Weltbühne verhandeln, sondern Interessengruppen und VertreterInnen von bestimmten politischen Ideen. Genau so, wie das heute innerhalb der Schweiz im Bundeshaus der Fall ist.

Politikkohärenz

Die Agenda 2030 der UNO macht es vor: Politikkohärenz steht für einen gesamtpolitischen Anspruch, wonach einzelne Politikbereiche nicht in einem Widerspruch zu einander stehen sollten.

Gegenwärtige Anknüpfungspunkte in der Wirtschaftspolitik:

- Konzernverantwortungsinitiative
- Offshore-Leaks (#ParadisePapers, #PanamaPapers, #Luxleaks, #Swissleaks, etc.)
- Widerstand gegen die Megadeals im Freihandel: TTIP, TISA, Ceta, etc.
- Globale Schuldenkrise: Griechenland, Moçambique, Argentinien, westafrikanische Länder...

Das Tiefsteuergebiet Schweiz schadet den Ländern des globalen Südens

Gesellschaften im globalen Süden verloren nach Schätzungen des internationalen Währungsfonds (IWF) **2014 213 Milliarden Dollar** auf Grund der Steuervermeidung von Konzernen.

Zum Vergleich: **Gesamte Entwicklungszusammenarbeit von Nord nach Süd: 131 Milliarden jährlich.**

Etwa **30% der globalen Offshore-Gelder** (Steuervermeidung der Multinationalen und Steuerflucht vermögender Einzelpersonen) liegen in der Schweiz: Bis heute herrscht völlige Intransparenz über die Herkunft und die Art dieser Gelder – trotz automatischen Informationsaustausch (AIA) und Umsetzung der OECD-BEPS-Agenda («Base Erosion and Profit Shifting»)

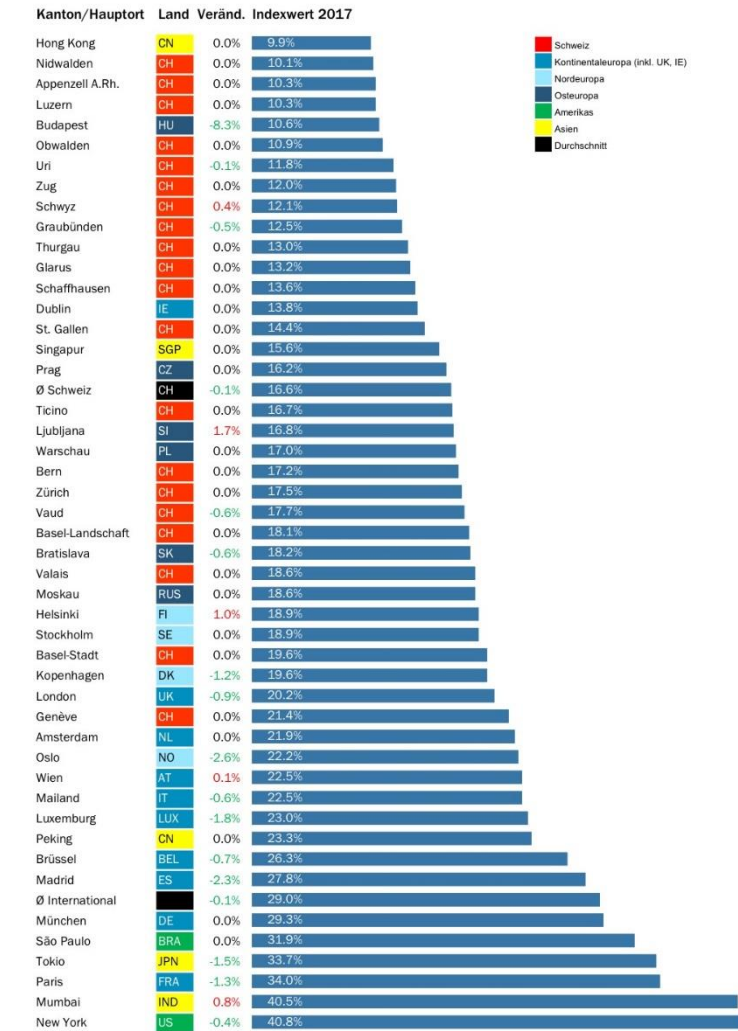
Kleiner Markt mit grossen Schlupflöchern: Schweiz!

- Widerspricht den Prinzipien der Politikkohärenz der DEZA
- Widerspricht der Agenda 2030, dort vor allem Ziel 16.4 und 17.1:

“By 2030, significantly reduce illicit financial and arms flows, strengthen the recovery and return of stolen assets and combat all forms of organized crime.”

“Strengthen domestic resource mobilization, including through international support to developing countries, to improve domestic capacity for tax and other revenue collection.”

Abb. 1 BAK Taxation Index für Unternehmen 2017



EATR-Steuerbelastung (d.h. effektive Steuerbelastung) von Unternehmen in Schweizer Kantonen (gemessen am kantonalen Hauptort) und internationalen Standorten (gemessen am ökonomischen Hauptort) in % (vgl. blaue Säulen bzw. vierte Spalte). Veränderungen gegenüber 2015 in %-Punkten (vgl. dritte Spalte). Bei den Schweizer Kantonen werden die Werte aller am Projekt beteiligten Kantone, das Schweizer Minimum (NW, am Projekt beteiligt), das Schweizer Maximum (GE) und der BIP-gewichtete Durchschnitt aller 26 Kantone ausgewiesen.
Quelle: BAK Economics, ZEW

**FOR EVERY \$1
DEVELOPING COUNTRIES
GAIN**

Other official flows	3¢
Charitable	3¢
Portfolio equity (stocks & shares)	6¢
Aid	10¢
Remittances from migrant workers	34¢
Foreign direct investment	44¢



european network on
debt and development



Interest repayments on foreign debt	14¢
Profits taken out by foreign investors	42¢
Lending to rich countries	59¢
Illicit financial flows	93¢

**THEY
LOSE
MORE THAN \$2**

Steuervorlage 17: Ein entwicklungspolitischer Wiedergänger der USRIII

- Unternehmen sollen von Abwanderung abgehalten werden
- Anheizen des globalen Steuerwettbewerbs
- Massive Senkungen der kantonalen Gewinnsteuersätze
- Massive Steuerausfälle beim Bund
- Schwer voraussehbare Ausfälle bei den Kantonen (mehrere Milliarden pro Jahr)
- Neue Steuerschlupflöcher anstelle der alten Begünstigungen

Alte Briefkastenfirmen werden durch neue Sonderprivilegien ersetzt.

- **Patentbox** (90% Abzug auf F&E-Ausgaben)
- **Inputförderung** für Forschung und Entwicklung (150% des Personalaufwands in diesem Bereich)
 - Gewinnverschiebungsschlupfloch: „80 Prozent des Aufwands für durch Dritte in Rechnung gestellte Forschung und Entwicklung.“
 - Maximaler Abzug für PB+F&E: 70%.
- **Zinsbereinigte Gewinnsteuer**: Freiwillig auf kantonaler Ebene
- Ermässigungen für **Kapitalbesteuerung**
- **Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer** (20,5%) kommt einer Subventionierung des Steuerwettbewerbes gleich.



Profitverschiebungen mit Patentbox: SAB Miller

„Über eine Tochterfirma kontrollierte der Bierriese damals 30% des Marktes in Ghana, wo die Einkommenssteuer 25% betrug. Seinen Gewinn versteuerte der Konzern allerdings nicht in Ghana, sondern in Holland und in Zug. Die Niederlande boten schon damals Patentboxen an, die auch Steuererleichterungen auf Markenrechte gewährten. SABMiller platzierte die Markenrechte seiner afrikanischen Biersorten in einer solchen Box und knöpfte für diese seinen ghanaischen Tochterfirmen gleichzeitig rekordhohe Gebühren ab. So verschob der Bierbrauer seine Profite aus Ghana nach Holland. Beraten liess sich SABMiller dabei unter anderen von einer konzerneigenen Consultingfirma mit Sitz in der Steueroase Zug, wo die Gewinnsteuern im Dienstleistungsbereich sehr tief sind. Für ihr Beratungsmandat verrechnete die SABMiller-Tochter in Zug ihrer Schwester-Brauerei in Ghana jährlich 1,5 Millionen Franken (stolze 4,6% des Umsatzes in Ghana). So verschob der Konzern SAB Miller auch Gewinne aus Westafrika nach Zug.“

Verrechnungs-/Transferpreise

- **Arm's length principle**
(Fremdvergleichsgrundsatz): Handel ohne Markt: 60-80 Prozent konzernintern weltweit

Was heisst «Forschung und Entwicklung»?

- **Definition der OECD, an der sich auch die Schweizerische Steuerverwaltung orientiert:**

„Forschung und experimentelle Entwicklung (F+E) ist systematische, schöpferische Arbeit zur Erweiterung des Kenntnisstandes, einschliesslich der Erkenntnisse über den Menschen, die Kultur und die Gesellschaft sowie deren Verwendung, mit dem Ziel, neue Anwendungsmöglichkeiten zu finden.“

- **Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation**
[\(Art. 2\)](#)

Zinsbereinigte Gewinnsteuer

(„Die Formel der grösstmöglichen Frechheit“ Kaspar Surber)

„Angenommen, Sie und ich hätten ein Vermögen und würden besteuert wie ein Konzern: Dann könnten wir den Zinsertrag, den uns unsere Banken dafür entrichten, dass wir unser Vermögen bei ihnen deponieren, von den Steuern abziehen, die wir dem Staat auf unser Vermögen zahlen. Umso höher der Zinssatz, von dem wir bei der Bank profitieren, und umso höher also unser Zinsertrag, desto weniger Steuern müssten wir bezahlen. Umso reicher wir also würden, desto weniger Steuern müssten wir zahlen. Finden Sie das logisch?“

Wer verliert?

- Budget für Entwicklungszusammenarbeit gerät weiter unter Druck. noch mehr unter Druck (ein Drittel der Sparmassnahmen bis 2019 gehen jetzt schon auf Kosten der EZA)
- Bürgerinnen und Bürger weltweit, die Bildung, die Kultur, die Infrastruktur, die Gesundheit in der Schweiz

Wer gewinnt?

- Grosse Schweizer Konzerne, die Gewinnsteuer zahlen. KMU zahlen oft keine.
- Aktionäre der Konzerne – auf Kosten der Allgemeinheit in der Schweiz und weltweit.



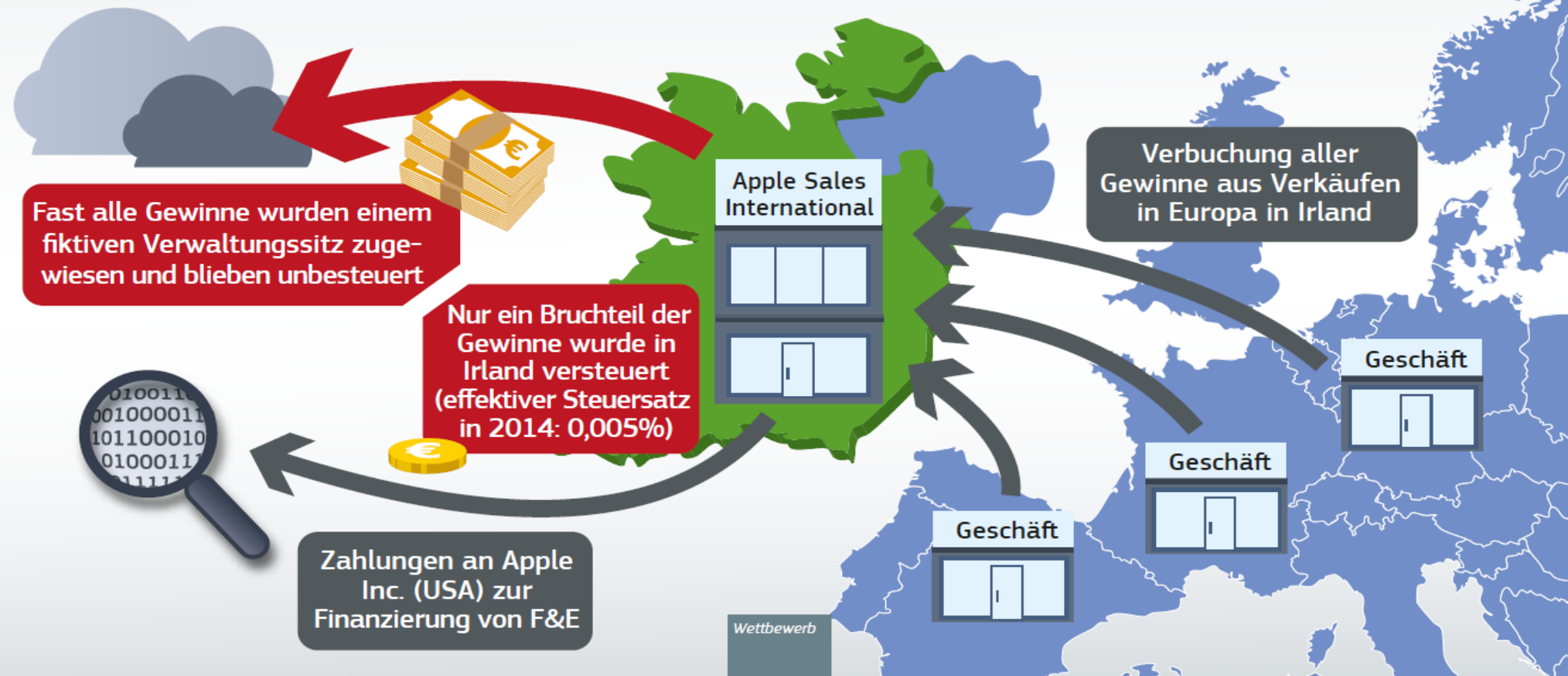
Trotz überwältigendem Nein zur USR III: «Figgimühli» von Mitte-Rechts bei der Unternehmenssteuerreform

- Wenn die alten Sondersteuerregime ersatzlos abgeschafft werden, steigt der Druck auf die regulären Steuersätze weiter, es drohen ebenfalls massive Steuerausfälle. Neue Sondersteuerregime sorgen aber ebenfalls für massive Ausfälle und sind entwicklungspolitisch schädlich und unsolidarisch.
- Mittelfristig kann die «linke Bredouille» bei der Unternehmensbesteuerung nur durch eine Volksinitiative für Steuerharmonisierung zwischen den Kantonen und mehr Transparenz im internationalen Kapitalverkehr innerhalb der Konzerne entschärft werden.
- Steuerausfälle durch die neuen internationalen Regulierungen in der Steuer- und Finanzpolitik und dem dadurch ausgelösten «Strukturwandel» im Schweizer Geschäftsmodell der letzten 100 Jahre (Anziehung von ausländischem Kapital) kann ohne massiven gesellschaftlichen Schaden nur *einnahmeseitig* kompensiert werden.

Politische Agenda für Steuergerechtigkeit in der Schweiz und weltweit

- **CH:** Erhöhung Divиденbesteuerung (SV17), Abschaffung Kapitaleinlageprinzip (aus USRII), Kapitalgewinnsteuer, Finanztransaktionssteuer.
- **CH/Int.:** Öffentliches **Country-by-Country-Reporting:** Datenautonomie für die Zivilgesellschaft
- **CH/Int.:** **Unitary taxation:** Gesamtkonzernbesteuerung
- **CH/Int.** Öffentliche Register der wirtschaftlich Berechtigten von Firmen (**Beneficial Ownership**)
- **Int.:** **Global Tax Body bei der UNO:** Machtverschiebung von der OECD als Klub der reichen Länder zur UNO, wo wirklich alle sitzen.

Staatliche Beihilfen: Irland gewährte **Apple** unzulässige steuerliche Vorzugsbehandlung



1) Einreichung des
länderbezogenen
Berichts

2) Austausch des
länderbezogenen
Berichts

